

1 **Für eine Solidarische Gesellschaft**

2 Leitantrag des Bundesvorstands für den 35. Parteitag der KPÖ.

3 **Vorbemerkung**

4 Millionen Menschen sind in Europa gegen die neoliberale »Bewältigung« der Wirtschafts- und
5 Finanzkrise auf die Straße gegangen. Selbst moderate Gewerkschaften haben in mehreren
6 Ländern für Generalstreiks mobilisiert. Und dennoch: an der Politik der Herrschenden hat sich
7 kaum etwas geändert. Sie stützen sich beim »Durchregieren« meistens auf parlamentarische
8 Mehrheiten, mit denen sie sich legitimieren, und mit denen sie Beschlüsse im Interesse der
9 Minderheit der Reichsten in der Gesellschaft fassen. Obwohl das Leben für die meisten
10 Menschen immer beschwerlicher wird, ja selbst die aktive politische Zustimmung der
11 Bevölkerung zunehmend schwindet, behauptet sich der Neoliberalismus als hegemoniales
12 materielles und geistiges System einer umfassenden Entsolidarisierung der Gesellschaft. Dies ist
13 das Hauptproblem, mit dem wir uns auseinander setzen müssen, mit dem sich jede progressive,
14 systemkritische politische Bewegung auseinander setzen muss.

15 Wir sehen einen wesentlichen Grund für die scheinbare Unbeweglichkeit der politischen und
16 kulturellen Zustände im vorherrschenden Zweifel an der Durchsetzbarkeit grundlegender
17 gesellschaftspolitischer Alternativen. Wir meinen, es ist Zeit, in den antineoliberalen
18 Bewegungen und Bündnissen und darüber hinaus für eine positive gesellschaftspolitische
19 Orientierung zu werben, dieser einen Namen und ein Ziel zu geben. Die KPÖ schlägt vor, sie als
20 »Solidarische Gesellschaft« zu bezeichnen.

21 **Ein unerträglicher Zustand ...**

22 Der Zwang zur Profitmaximierung ist sowohl Motor des kapitalistischen Systems als auch
23 Ursprung der daraus erwachsenden globalen Zivilisationskrise. Die Profite der Konzerne sind
24 heute so groß, dass sie nicht mehr gewinnmaximierend in der Produktion reinvestiert werden
25 können. Der Handel auf den Finanzmärkten verspricht höhere Profite. Geld wird für Wetten und
26 Spekulation eingesetzt, um so aus Geld mehr Geld zu machen. Die Summe der Geldwerte in
27 dieser "virtuellen" und "fiktiven" Welt ist bereits um ein Vielfaches höher als die in der
28 sogenannten "Realwirtschaft". Wenn die Luftgeschäfte platzen, und was sollen sie sonst tun,
29 stockt der Betrieb des Systems und springt erst wieder an, wenn die faulen Wechsel auf Kosten
30 der Massen beglichen werden. Genau das läuft heute in unseren Breiten ab. Die herrschende
31 Politik betätigt sich mit ihren staatlichen Bankrettungsschirmen als gigantische
32 Umverteilungsmaschine, die von unten nimmt und nach oben gibt.

33 Die Verluste der Finanzmarkt-Akteure werden auf diese Weise vergesellschaftet, die Gewinne
34 privatisiert. Das reale Geld dafür wird nicht nur aus der Privatisierung öffentlicher Güter

35 gewonnen. Die zugunsten des Finanzkapitals geplünderten Staatskassen sollen durch
36 "Reformen", sprich durch Abriss oder Reduzierung sozialstaatlicher Einrichtungen und
37 Errungenschaften, durch beschleunigte Umverteilung von unten nach oben saniert werden. Die
38 Kluft zwischen Arm und Reich nimmt national, europaweit und global immer größere Ausmaße
39 an. Prekarität, von vielen Frauen als "Normalzustand" schon die längste Zeit erlebt, wird zur
40 prägenden Lebenserfahrung einer zunehmenden Zahl von Menschen. Solidarische und egalitäre
41 Bereiche in den Gesellschaften (Sozialversicherungen, freier Zugang zu Gesundheits- und
42 Bildungseinrichtungen usw.), Errungenschaften der Arbeiterbewegung und demokratischer
43 Kämpfe oder "verstaatlichte" Ergebnisse sozialpartnerschaftlicher Klassenkompromisse, werden
44 zur Ware gemacht, eingeschränkt oder vernichtet bzw. an ihrer notwendigen Ausformung und
45 Weiterentwicklung gehindert. Dies lädt das finanzmarktgetriebene, ökonomische, ökologische
46 und demokratiepolitische Krisengemenge, die Krise des kapitalistischen Zivilisationsmodells
47 insgesamt, weiter auf.

48 Die ökonomische Möglichkeit, umwelt- und menschenverträgliche Lebensumstände für alle
49 einzurichten, wird durch die Zunahme gesellschaftlichen Reichtums und technologischen
50 Wissens immer größer; die politische Machbarkeit scheint andererseits immer fraglicher
51 aufgrund der machtmäßig abgesicherten, sich ausbreitenden globalen Kluft zwischen Arm und
52 Reich, der vielfältigen sozialen Segmentierung und der klassenmäßigen, nationalen, ethnischen,
53 alters- und geschlechtermäßigen, religiösen und anderer Spaltungen der Gesellschaften.

54 **... soll erträglich gemacht werden.**

55 Das Konkurrenzprinzip ist dem kapitalistischen System "von Anbeginn" eingeschrieben. Die
56 neoliberale ökonomische Zurichtung der Gesellschaften lässt es aber durch Deregulierung und
57 Aufkündigung sozialer Verträge in einem bisher ungekannten Ausmaß in sämtliche Poren der
58 Gesellschaften sickern. Alle Lebensbereiche, aus denen Gewinn gepresst werden kann, sollen
59 dem Verwertungsprinzip unterworfen werden.

60 Damit das System als Ganzes nicht in Frage gestellt wird, müssen Irrationalitäten
61 widerstandslos hingenommen, muss dem obersten System-Gebot – »Es gibt keine Alternative«
62 –, geglaubt werden. Nicht nur werden soziale und politische Kompromisse im
63 Produktionsbereich und gewerkschaftliche Strukturen in Frage gestellt, untergraben oder
64 bekämpft. Nicht nur Lohnarbeitende, sondern alle Menschen sollen entsprechend denken,
65 handeln und sich behandeln lassen: als Konkurrierende, als Ent-Solidarisierte, als Wesen, die
66 den "Standortwettbewerb" vor Ort und in der Welt als Selbstverständlichkeit akzeptieren. Die
67 von jeglichem humanen Anspruch "befreite", aus der Produktion übernommene Vorstellung von
68 maximaler "Effektivität" und "Konkurrenzfähigkeit" wird nahezu ins Religiöse überhöht und als
69 Gestaltungsprinzip gesellschaftlichem und individuellem Handeln und Denken zugrunde gelegt.

70 Neoliberale Hegemonie, die Vorherrschaft neoliberaler Politik, Ideologie und Kultur, bedeutet

71 letztlich die materielle und ideologische, moralisch-kulturelle Zerstörung dessen, was Solidarität
72 hervorgebracht hat. Der Begriff der "Solidarität" wird dabei umgedreht: zur "Solidarität" der
73 Armen mit den Reichen, der Ausgegrenzten mit den Regierenden, der kleinen Sparer mit den
74 großen Banken. "Solidarität" wird so als Instrument systemerhaltender Propaganda benutzt: je
75 weniger der Staat für Soziales, Gesundheit und Pflege ausgibt, umso heftiger wird
76 "Ehrenamtlichkeit" in sozialen Vereinen beworben; werden Kosten auf diesen Bereich
77 abgewälzt und den sozial Engagierten, vor allem Frauen aufgebürdet. "Solidarität" wird aber
78 auch pervertiert in der rassistisch aufgeladenen "Volksgemeinschaft" nationalistischer,
79 faschistischer und rechtsextremer Bewegungen und Parteien. »Zusammengehörigkeit« der
80 eigenen »Nation« oder »Rasse« wird vorgespielt und mit Ausgrenzungen verbunden – von
81 MigrantInnen, Minderheiten, Asylsuchenden oder generell AusländerInnen, "Leistungs-
82 unwilligen" oder anderen vermeintlichen "Schmarotzern". Rechtsextremismus knüpft an
83 sozialen, moralischen und kulturellen Frustrationen eines großen Teils der Bevölkerung an, die
84 aus dem realen Kapitalismus entstehen, und setzt sie letztlich zum Systemerhalt ein. Neoliberale
85 Politik und Rechtsextremismus können durchaus im Clinch miteinander liegen, aber sie treffen
86 einander in der antidemokratischen gesellschaftspolitischen Vision der "Elitenherrschaft" bzw.
87 des "Führerstaates".

88 **Die Alternative**

89 Neoliberale Gesellschaftsgestaltung besteht nicht nur in der Zerschlagung von Solidarsystemen,
90 in der Ausrichtung auf Eliminierung gewerkschaftlicher Organisiertheit oder in der
91 Zurücknahme sozialer und demokratischer Errungenschaften: Ihr kultureller, neoliberale
92 Hegemonie begründender Kern ist die Verallgemeinerung eines unsolidarischen, barbarischen
93 Menschenbildes.

94 Es ist ein Kreislauf ökonomischer Profit- und neoliberaler kultureller Hegemonieproduktion,
95 den es zu durchbrechen gilt. Das ist der Sinn unseres Vorschlags, sich gemeinsam für eine
96 Solidarische Gesellschaft in Bewegung zu setzen. Die Solidarische Gesellschaft ist nicht nur die
97 Idee von der Möglichkeit einer alternativen gesellschaftlichen Entwicklung; sie ist die
98 notwendige Strategie des Lebens und des Überlebens im System und gleichzeitig die Idee der
99 Überwindung des Systems. Indem sie nicht vereinbar ist mit dem Zwang zur
100 Profitmaximierung, verlangt sie nach einem alternativen, der menschlichen Gattung
101 entsprechenden Gesellschaftsentwurf. Dieser ist mehr als die Verknüpfung von auf
102 Solidarität und Gleichheit orientierter Bewegungen, hat aber solche zur Voraussetzung. Ob die
103 Idee der Solidarischen Gesellschaft weiterführt zu einer von uns als sozialistisch begriffenen
104 Gesellschaft, hängt in erster Linie von den in Bewegung Befindlichen selbst ab, also auch von
105 uns und unseren Vorstellungen – an denen wir noch gründlich zu arbeiten haben.

106 Die Solidarische Gesellschaft ist eine Herausforderung; keine, die von irgendwelchen Führern
107 als Befehl ausgegeben werden kann, denn sie kann nur bewältigt werden, wenn Menschen sich

108 eigenverantwortlich in Bewegung setzen; keine, auf deren Bewältigung gewartet werden muss,
109 die irgendwo in der Zukunft liegt – denn sie drängt sofort zu ihrer Erfüllung:

110 → Als Re- oder Neukonstruktion gewerkschaftlicher Praxis, als Kampf um den Erhalt, die
111 Wiedergewinnung und Neubildung demokratischer Stützpunkte in der Ökonomie.

112 → Als Widerstand gegen den atemberaubenden Abbau sozialer Errungenschaften und
113 bürgerlich-demokratischer Regeln.

114 → Als Streit um neue Regeln der Partizipation, also um die Teilnahme und Teilhabe an
115 demokratischen Entscheidungen und Strukturen.

116 → Als soziale Bewegung, die Unterschiedlichkeit anerkennt als Voraussetzung für
117 solidarisches Verhalten und Handeln.

118 → als Bewegung, die Menschen- und soziale Rechte nicht voneinander trennt und demnach
119 unvereinbar ist mit rassistischen Menschenbildern.

120 Als Bewegung, der es um Macht geht. Nicht in erster Linie um die einer politischen Partei oder
121 Parteienkoalition, sondern um Macht für jene, die das solidarische System leben, in seinem
122 Sinne tätig werden; um Macht über die Ressourcen der Gesellschaften, – was alle brauchen,
123 muss allen gehören, muss gesellschaftliches Eigentum bleiben oder werden –, über die Art und
124 Weise sowie über das Ziel von Produktion, ihre Einbettung in die Umwelt, über die Sinngebung
125 gesellschaftlicher Regulierung.

126 Solidarische Gesellschaft heißt, niemanden zurückzulassen; heißt

127 → soziale Sicherheit, Freiheit von Existenzangst für alle – wie sie z. B. die Forderung nach
128 einem bedingungslosen Grundeinkommen bezweckt. Das sind Voraussetzungen für die
129 Autonomie der Einzelnen, für freie Zeit, um am gesellschaftlichen Gestaltungsprozess
130 teilhaben zu können, an der Entwicklung partizipativer Strukturen in Politik, Ökonomie
131 und Gesellschaft, in denen solidarische Beziehungen entwickelt und durchgesetzt
132 werden können;

133 → gleiche Rechte für alle: Wahlrecht und gleiche soziale Rechte für alle Menschen dort,
134 wo sie ihren Lebensmittelpunkt haben;

135 → Kampf gegen staatlichen, strukturellen und individuellen Rassismus und Sexismus,
136 Überwindung patriarchaler Strukturen;

137 → Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums aus der Hand weniger in die Verfügung

138 der Mehrheit, von privat zu öffentlich und von oben nach unten. Eine dem
139 entsprechende, andere Steuer-, Budget- und Kommunalpolitik;

140 → Verteidigung, Schutz, Ausweitung und Demokratisierung des öffentlichen Eigentums,
141 des öffentlichen Gesundheitswesens, der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Sozial-
142 versicherungssysteme;

143 → Kostenfreistellung aller lebenswichtigen Bedürfnisse, Energiegrundsicherung, Freifahrt
144 mit öffentlichen Verkehrsmitteln;

145 → Barrierefreiheit in jeder Beziehung für behinderte Menschen;

146 → Beseitigung aller Bildungsschranken auf allen Bildungsebenen;

147 → Umverteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit sowie der Einkommen, die tatsächliche
148 Gleichheit in den Geschlechterbeziehungen ermöglicht;

149 → Beseitigung der wachsenden ökonomischen und sozialen Unterschiede in Europa und in
150 der Welt durch Entmachtung der internationalen Konzerne, grundlegende demokratische
151 und soziale Umgestaltung der EU und der Wirtschaftsbeziehungen in der Welt;

152 → Ausrichtung der Gesellschaften auf ihre ökologische Verträglichkeit;

153 → Auflösung aller Armeen und Militärbündnisse, Verschrottung sämtlicher
154 Massenvernichtungswaffen.

155 Solidarische Gesellschaft bedeutet letztlich die Verwirklichung all jener gesellschaftlichen
156 Voraussetzungen und Garantien, die solidarisches Zusammenleben ermöglichen und erfordern.
157 Die Solidarische Gesellschaft ist kein Traum, der auf ein zukünftiges Paradies verweist, sondern
158 wird aus der Notwendigkeit geboren, ein überlebtes System hier und jetzt zu überleben.

159 Der real existierende Kapitalismus verfügt über kein menschengerechtes Zukunftsprogramm. Er
160 kann sich nicht mehr den neuen Herausforderungen der Menschen- und Naturverträglichkeit
161 anpassen, sondern passt nur mehr die Menschen an seine Mängel an. Ein Systemwechsel ist
162 notwendig.

163 Das erfordert neben den Kämpfen zur Abwehr der Zumutungen diverser Sparprogramme, neben
164 der Interessenspolitik auf betrieblicher, kommunaler und anderen Ebenen den Aufbau linker
165 Milieus, eine Politik der Selbstermächtigung; eine Erneuerung der Kultur der Solidarität, die
166 wiederum eine über den gesellschaftlichen Status quo hinausweisende historische Perspektive
167 eröffnen muss. Diese Perspektive nennen wir als kommunistische Partei Sozialismus, der seine

168 Formen aus der Kultur der Solidarität entwickelt – aus Handlungen, aus denen politische Räume
169 entstehen.

170 In diesen praktischen Prozess, in dem Gegenmacht sich bilden kann, bringt die KPÖ sich ein.
171 Die »Solidarische Gesellschaft« ist der Begriff, mit dem wir das tun. Er entspricht der sozialen
172 Lage des Großteils unserer Aktivistinnen und Aktivisten, der Notwendigkeit, uns selbst
173 dementsprechend zu organisieren; er entspricht unserer Auffassung von revolutionärer
174 Realpolitik, und ist auf der Höhe der Zeitenwende, in der wir uns befinden.

175 (5. 2. 2011)